



2008

# Statistik Kommunal

## Hildrizhausen



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

115022

## Impressum

---

### Statistik Kommunal 2008

Artikel-Nr. 8035 08001

Herausgeber und Vertrieb  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis  
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis  
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch  
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

---

2008

# Statistik Kommunal

## Hildrizhausen

## Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Konzeption:** Jutta Demel ■ **Datenaufbereitung:** Martin Winter ■ **Programmierung:** Dieter Bollinger, Martin Winter ■ **Redaktion:** Andrea Jautz ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz ■ Und mit inhaltlicher Unterstützung der Fachreferate!

## Einführung und Inhalt

Bereits zum dritten Mal veröffentlicht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg mit dieser Ausgabe die Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal, eine Darstellung gemeinderelevanter Daten in knapper und übersichtlicher Form. Die Publikation bietet in 15 Tabellen und 10 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunalfinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifische Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) und ebenfalls dem darin diesjährig neu erschienenen „Demografie-Spiegel“.

Gemeindedaten im Überblick .....	4
Zeichenerklärung.....	6
Fläche.....	7
Bevölkerung.....	8
Bildung.....	10
Wahlen .....	11
Landwirtschaft .....	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	13
Verkehr .....	14
Wohnen .....	15
Wasserwirtschaft .....	16
Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal.....	17
Fußnoten und Abkürzungen .....	18
Erläuterungen und Definitionen.....	19

## Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
<b>Fläche</b>		
Fläche insgesamt 2007	ha	1 217
<b>Bevölkerung</b>		
Bevölkerung Ende 2007	Anzahl	3 665
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2007	Anzahl	+ 16
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2007	Anzahl	- 43
Bevölkerungszu-/abnahme 2007	Anzahl	- 27
<b>Bildung <sup>1)</sup></b>		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2007/2008	Anzahl	187
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2007/2008	Anzahl	187
Schüler an Realschulen 2007/2008	Anzahl	-
Schüler an Gymnasien 2007/2008	Anzahl	-
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2007/2008	Anzahl	59
<b>Landwirtschaft</b>		
Landwirtschaftliche Betriebe 2007	Anzahl	16
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007	ha	468
<b>Beschäftigte und Arbeitsmarkt</b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2007	Anzahl	294
Pendlersaldo 2007	Anzahl	- 1 107
Arbeitslose insgesamt 2007	Anzahl	55
Arbeitslose Frauen 2007	Anzahl	30
<b>Verkehr</b>		
Kraftfahrzeugbestand 2007	Anzahl	2 638
Straßenverkehrsunfälle 2007 <sup>2)</sup>	Anzahl	12
Verunglückte Personen 2007	Anzahl	11
<b>Wohnen</b>		
Wohngebäude 2007	Anzahl	894
Wohnungen 2007 <sup>3)</sup>	Anzahl	1 588
<b>Gemeindefinanzen</b>		
Steuerkraftmesszahl 2007	1 000 EUR	2 036
Steuerkraftsumme 2007	1 000 EUR	2 307
Schuldenstand 2007	1 000 EUR	-
Gewerbesteuerhebesatz 2007	%	320
<b>Tourismus <sup>4)</sup></b>		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2007	Anzahl	.
Schlafgelegenheiten insgesamt 2007	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2007	Anzahl	.
Übernachtungen insgesamt 2007	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2007	Anzahl	.

## ... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
<b>Fläche</b>				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2007	%	12	22	14
Waldfläche 2004	%	52	35	38
Landwirtschaftsfläche 2004	%	35	43	46
<b>Bevölkerung</b>				
Ausländeranteil 2007	%	12	15	12
Durchschnittsalter 2007	Jahre	39,1	41,5	42,0
Geburtenrate <sup>5)</sup> 2002 bis 2007	Anzahl	45	47	44
Bevölkerungsdichte 2007	Einw/km <sup>2</sup>	301	603	301
<b>Bildung <sup>1)</sup></b>				
Übergänge auf Hauptschulen 2007/2008	%	22	23	26
Übergänge auf Realschulen 2007/2008	%	37	32	33
Übergänge auf Gymnasien 2007/2008	%	39	44	40
<b>Bundestagswahl 2005<sup>6)</sup></b>				
Wahlbeteiligung	%	85,4	81,6	78,7
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	42,8	39,0	39,2
SPD	%	26,1	29,3	30,1
FDP	%	14,2	14,1	11,9
GRÜNE	%	10,0	10,4	10,7
<b>Beschäftigung</b>				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2007	%	20	49	41
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2007	%	22	18	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2007	%	54	32	38
<b>Verkehr</b>				
Pkw je 1 000 Einwohner 2007	Anzahl	629	644	592
<b>Wohnen</b>				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2007	%	63	59	58
Wohnfläche je Einwohner 2007	m <sup>2</sup>	43	41	42
<b>Wasserwirtschaft</b>				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2004	Liter/Tag	117	121	123
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2008	EUR/m <sup>3</sup>	3,95	3,96	4,02
<b>Gemeindefinanzen</b>				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2007	EUR	552	817	692
Schuldenstand je Einwohner 2007	EUR	–	610	897
<b>Tourismus <sup>4)</sup></b>				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2007	%	.	36	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2007	Tage	.	2,2	2,7

## Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

## Fläche

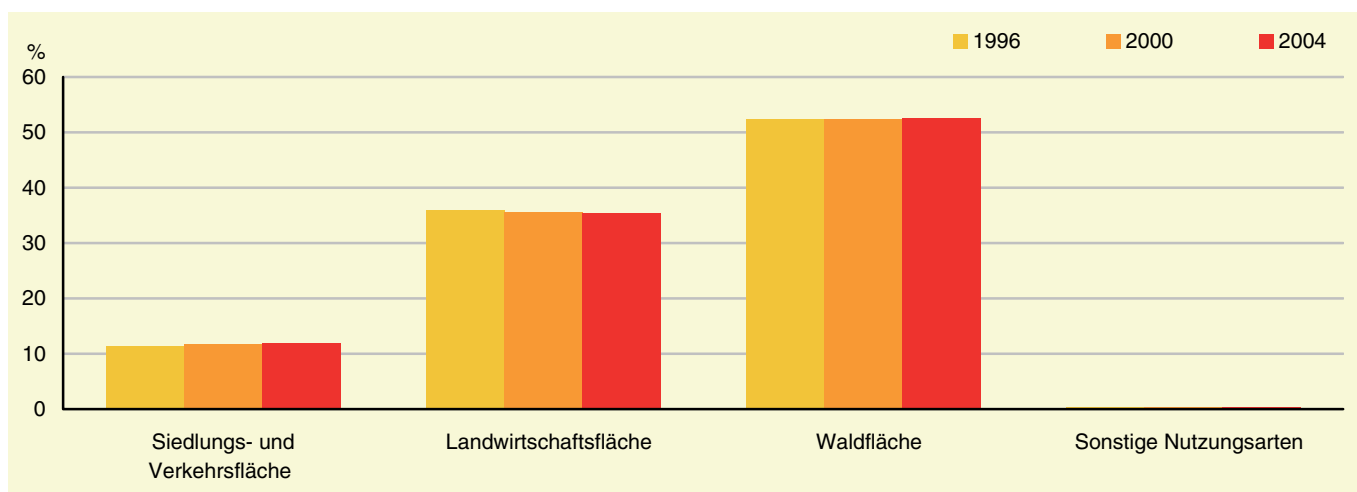
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 751 km<sup>2</sup>. Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km<sup>2</sup>, gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km<sup>2</sup> und Bad Wurzach im Landkreis Ravensburg mit 182 km<sup>2</sup>. Die drei kleinsten Gemeinden des Landes liegen in den Landkreisen Lörrach und Biberach: Wembach mit 1,8 km<sup>2</sup> und Fischingen mit 1,9 km<sup>2</sup> sowie die Gemeinde Moosburg mit ebenfalls knapp 1,9 km<sup>2</sup>.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit gut 497 000 ha rund 14 %. Noch Ende der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag er unter 12 %. Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie und Straßen erreichte im Jahr 2007 den Umfang von 10,3 ha. Den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes nehmen dabei die Gebäude- und Freiflächen ein (53,5 %). Vier Zehntel entfallen auf Verkehrsflächen, das heißt auf Flächen für Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und Luftverkehr. Rund 6 % entfallen auf die Erholungsflächen. Unter den Gemeinden reicht der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 2,5 % in der Gemeinde Simonswald (Landkreis Emmendingen) bis zu 60,8 % in der Stadt Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg.

### Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Gemeinde

Nutzungsart	Gemeinde				im Vergleich zum Land	
	2000		2007		2007	
	ha	%	ha	%	ha	%
<b>Fläche insgesamt</b>	<b>1 217</b>	<b>100,0</b>	<b>1 217</b>	<b>100,0</b>	<b>3 575 140</b>	<b>100,0</b>
Siedlungs- und Verkehrsfläche	143	11,7	145	11,9	497 385	13,9
Darunter						
Gebäude- und Freifläche	58	4,8	62	5,1	266 263	7,4
Betriebsfläche ohne						
Abbauland	–	–	–	–	4 274	0,1
Verkehrsfläche	71	5,9	66	5,4	194 079	5,4
Erholungsfläche	12	1,0	17	1,4	29 313	0,8
Friedhofsfläche	1	0,1	1	0,1	3 455	0,1

### Flächennutzung in der Gemeinde



## Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und insbesondere deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie der Ausweisung von Bauland. Allein seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um gut 9 % auf 10,75 Mill. Einwohner erhöht. Der Zuwachs der Bevölkerung beruhte insbesondere auf den Zuwanderungen, in geringerem Umfang auf einem Geburtenüberschuss. Seit 2006 folgt Baden-Württemberg der Entwicklung der anderen Bundesländer – die Zahl der Geborenen unterschritt seit 1983 erstmals wieder die der Gestorbenen.

Die Baden-Württemberger waren Ende des Jahres 2007 durchschnittlich 42,0 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor waren sie mit 39,6 Jahren noch 2,4 Jahre jünger. Mit durchschnittlich 35,0 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung in der Gemeinde Fleischwangen (Landkreis Ravensburg). Am ältesten ist sie derzeit mit 49,7 Jahren in dem Erholungsort Bürchau (Landkreis Lörrach). Die Altersstruktur einer Gemeinde wird beeinflusst durch die Geburtenhäufigkeiten, Zu- oder Fortzüge junger Familien mit kleinen Kindern oder durch die Prägung als Kurbetrieb bzw. als bevorzugter Altersruhesitz. Wie sich die Bevölkerung in Ihrer Gemeinde entwickelt hat, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

### Bevölkerungsentwicklung seit 1871\*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	906	45	55	74	1990	3 061	51	49	252
1890	821	48	52	67	1992	3 162	52	48	260
1900	823	46	54	68	1994	3 134	52	48	258
1910	846	48	52	70	1996	3 180	52	48	261
1925	824	49	51	68	1998	3 297	51	49	271
1933	850	48	52	70	2000	3 457	52	48	284
1939	852	48	52	70	2002	3 525	52	48	290
1950	1 024	47	53	84	2004	3 516	51	49	289
1961	1 566	50	50	129	2005	3 627	51	49	298
1970	2 144	51	49	176	2006	3 692	51	49	303
1987	2 862	51	49	235	2007	3 665	51	49	301

### Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
									+			-	+	-		
Anzahl																
1999	59	21	+	38	+	12	275	231	+	44	+	13	+	82	+	25
2000	52	21	+	31	+	9	302	255	+	47	+	14	+	78	+	23
2001	47	4	+	43	+	12	253	267	-	14	-	4	+	29	+	8
2002	32	22	+	10	+	3	255	226	+	29	+	8	+	39	+	11
2003	36	17	+	19	+	5	189	234	-	45	-	13	-	26	-	7
2004	29	14	+	15	+	4	226	224	+	2	+	1	+	17	+	5
2005	34	24	+	10	+	3	346	245	+	101	+	29	+	111	+	32
2006	40	19	+	21	+	6	291	247	+	44	+	12	+	65	+	18
2007	36	20	+	16	+	4	232	275	-	43	-	12	-	27	-	7

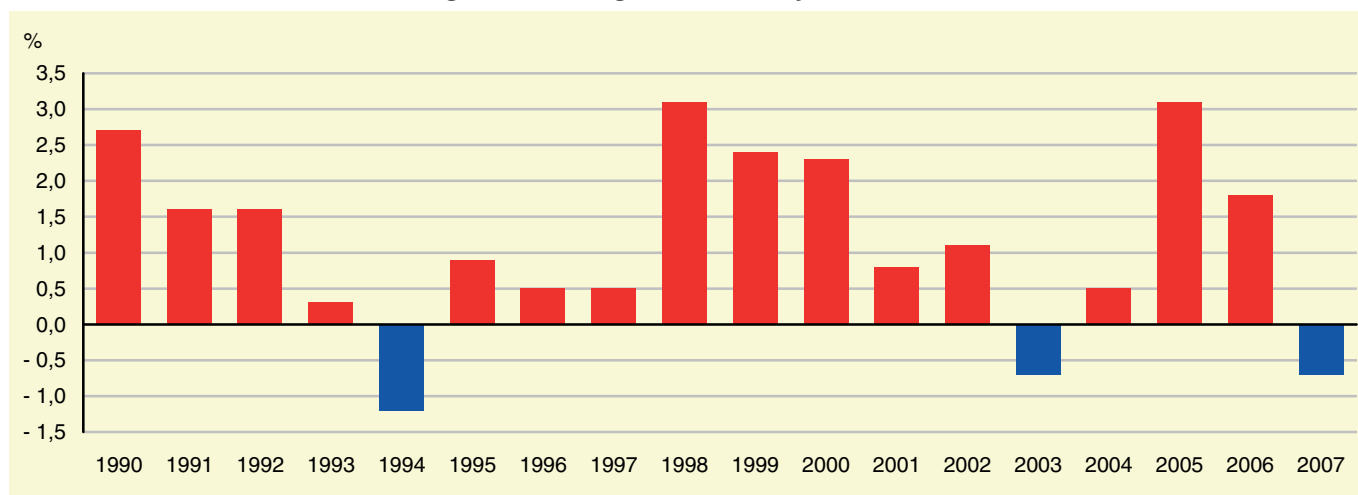
**Bevölkerungsstruktur 2007**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	124	3	67	4	57	3	3	3	3	
3 - 6	117	3	60	3	57	3	3	3	3	
6 - 15	425	12	226	12	199	11	9	10	9	
15 - 18	131	4	77	4	54	3	3	4	3	
18 - 25	259	7	141	8	118	7	8	9	8	
25 - 40	768	21	375	20	393	22	20	20	19	
40 - 65	1 330	36	676	36	654	36	35	36	34	
65 - 75	341	9	175	9	166	9	11	11	11	
75 und mehr	170	5	73	4	97	5	8	6	10	
<b>Insgesamt</b>	<b>3 665</b>	<b>100</b>	<b>1 870</b>	<b>100</b>	<b>1 795</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>										
	39,1		38,5		39,8		42,0	40,7	43,2	

**Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1997**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	119	4	56	3	63	4	3	3	3	
3 - 6	137	4	80	5	57	4	3	4	3	
6 - 15	328	10	183	11	145	9	10	11	10	
15 - 18	122	4	67	4	55	4	3	3	3	
18 - 25	240	8	126	8	114	7	8	8	7	
25 - 40	905	28	486	29	419	27	25	27	24	
40 - 65	1 038	32	546	33	492	32	32	33	31	
65 - 75	184	6	83	5	101	7	9	8	9	
75 und mehr	123	4	36	2	87	6	7	4	9	
<b>Insgesamt</b>	<b>3 196</b>	<b>100</b>	<b>1 663</b>	<b>100</b>	<b>1 533</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>										
	36,9		35,7		38,2		39,6	37,9	41,3	

**Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr**



## Bildung

Baden-Württemberg besitzt ein nahezu flächendeckendes Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Darüber hinaus gibt es zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Sonderschulwesen. In einigen dieser sonderpädagogischen Bildungsgänge können auch die Abschlüsse der allgemeinen Schulen erworben werden.

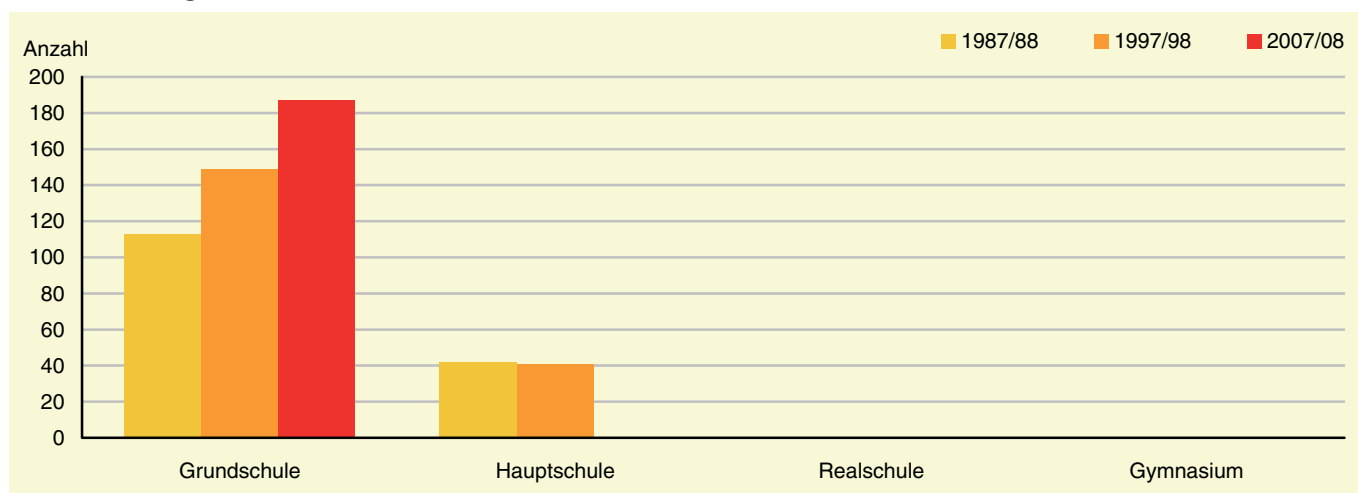
An den Berufsschulen im Land findet unter anderem der schulische Teil der Ausbildung im Dualen System statt. Weitere berufliche Schularten ermöglichen außer beruflichen Abschlüssen oft auch den Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse. Neben den öffentlichen Schulen gibt es auch 344 private allgemeinbildende – darunter 53 Freie Waldorfschulen – und 293 private berufliche Schulen.

Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in den 80er-Jahren war seit den 90er-Jahren im Land wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen ein Maximum erreicht. Seitdem hat sich die Schülerzahl auf knapp 1,28 Mill. im Schuljahr 2007/08 verringert. Bis 2025 dürfte die Zahl weiter um rund 22 % auf weniger als 1 Mill. absinken.

### Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2007/2008

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt <sup>1)</sup>	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse <sup>2)</sup>	Zum Vergleich: Schuljahr 1997/1998	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse <sup>2)</sup>
Anzahl		Anzahl	%		Anzahl			
Grundschulen	1	187	187	47	17	23	149	19
Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	41	21
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	–	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	.	.	.	.	.	.	.
Andere Schularten <sup>3)</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>1</b>	<b>187</b>	<b>187</b>	.	.	<b>X</b>	<b>190</b>	<b>X</b>

### Schüler an allgemeinbildenden Schulen



### Wahlen

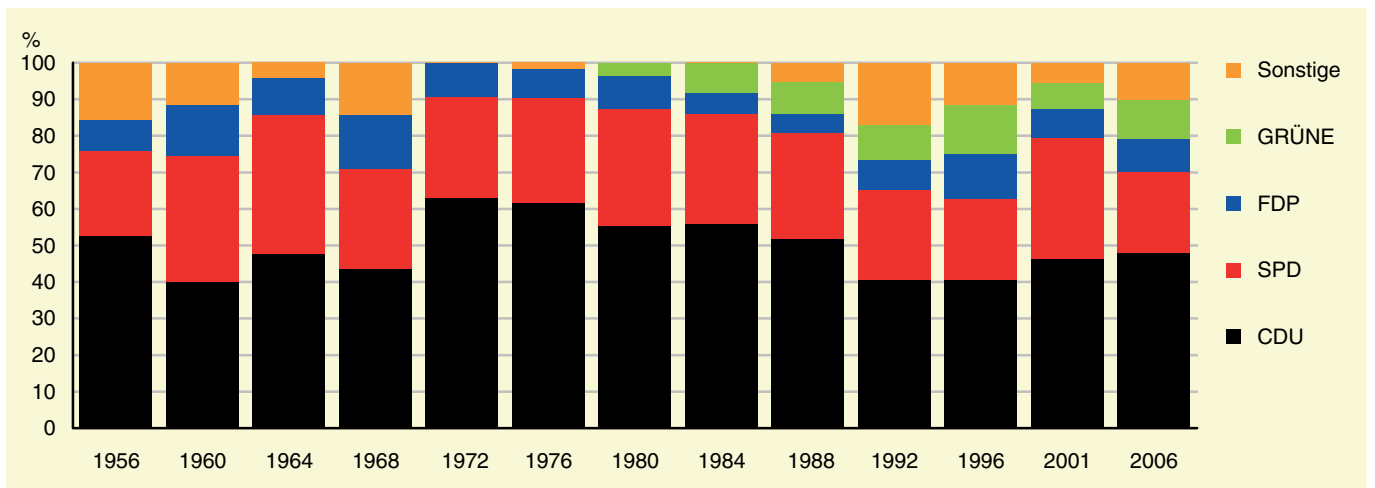
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Seit Bestehen des Landes prägt die CDU das politische Bild Baden-Württembergs. Mit der Landtagswahl 2006 hielt sie mit 44,2 % der Wählerstimmen ihr hohes Niveau und ihre Stellung als stärkste Partei im Land. Die SPD konnte nicht an den Wahlerfolg von 2001 anknüpfen. Sie erreichte mit 25,2 % ihr zweitniedrigstes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die FDP erlangte in ihrem „Stammland“ erstmals seit 1968 wieder ein zweistelliges Wahlergebnis, gaben jedoch den 2001 errungenen Platz als drittstärkste politische Kraft in Baden-Württemberg an die GRÜNEN ab. Deren Stimmenanteil lag mit 11,7 % um einen Prozentpunkt höher. Insgesamt gehören dem 14. Landtag von Baden-Württemberg 139 Abgeordnete an.

Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen zu beobachtende allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2006 nicht nur fort – sie erreichte einen historischen Tiefpunkt, denn mit 53,4 % war es die niedrigste Quote bei einer Landtagswahl seit Bestehen des Landes. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

### Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl <sup>1)</sup>	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile <sup>2)</sup>				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte		
Landtagswahl 2006	mit	2 467	1 535	62,2	47,0	23,3	11,5	8,8	9,4
Landtagswahl 2001	mit	2 326	1 581	68,0	46,1	33,1	7,7	8,2	4,9
Veränderung		+ 141	- 46	- 5,8	+ 0,9	- 9,8	+ 3,8	+ 0,6	+ 4,5
Bundestagswahl 2005	mit	2 431	2 076	85,4	42,8	26,1	10,0	14,2	6,9
Bundestagswahl 2002	mit	2 368	2 060	87,0	45,3	30,2	11,4	8,8	4,3
Veränderung		+ 63	+ 16	- 1,6	- 2,5	- 4,1	- 1,4	+ 5,4	+ 2,6
Europawahl 2004	mit	2 384	1 465	61,5	49,7	19,5	14,3	7,0	9,5
Europawahl 1999	mit	2 237	939	42,0	52,6	23,5	10,7	5,8	7,3
Veränderung		+ 147	+ 526	+ 19,5	- 2,9	- 4,0	+ 3,6	+ 1,2	+ 2,2

### Stimmanteile der Parteien bei den Landtagswahlen (ohne Briefwähler)



## Landwirtschaft

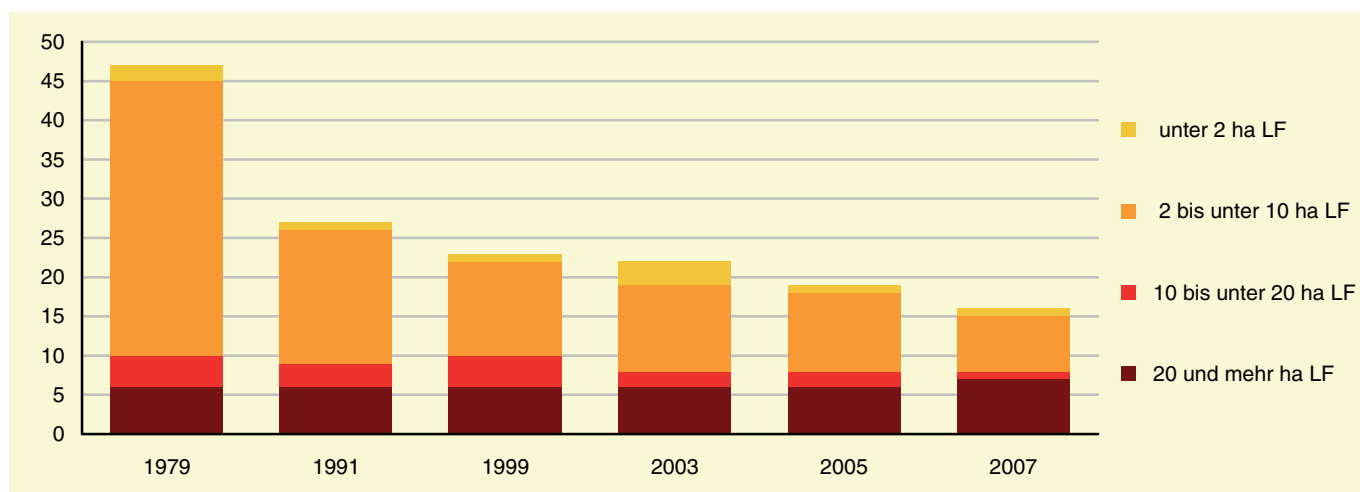
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft führten in den vergangenen Jahrzehnten auf der einen Seite zu einem deutlichen und stetem Rückgang der Zahl der Betriebe, auf der anderen Seite stieg die durchschnittliche Betriebsgröße. 2007 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 57 049 Betriebe gezählt. 17 Jahre zuvor war deren Zahl im Land noch doppelt so hoch. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Die Betriebsgröße betrug zu Beginn der 90er-Jahre noch 12,5 ha je Betrieb. Derzeit ist diese Größe auf 25,2 ha gestiegen. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern – mit Ausnahme der Stadtstaaten – ist die mittlere Betriebsgröße in Baden-Württemberg dennoch am geringsten und damit nach wie vor charakteristisch für die hiesige Landwirtschaft, was nicht zuletzt an dem hohen Anteil an Sonderkulturen liegt.

Landesweit wurde im Jahr 2007 eine Fläche von knapp 1,4 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstbauflächen. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und damit auch Sonderkulturen widerspiegelt.

### Landwirtschaft\*)

Jahr <sup>1)</sup>	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
				Anzahl	ha	%			ha	Anzahl	
1983	42	8	371	59	40	.	9	564	26	544	18
1987	38	4	366	58	41	.	10	539	34	505	19
1995	25	2	415	61	39	–	17	423	47	316	29
1999	23	3	437	60	40	–	19	360	51	293	37
2001	21	.	429	59	41	–	20	328	55	191	27
2003	22	3	444	60	40	–	20	319	64	208	35
2005	19	.	463	59	41	.	24	.	.	.	.
2007	16	3	468	60	40	.	29	334	111	.	.

### Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

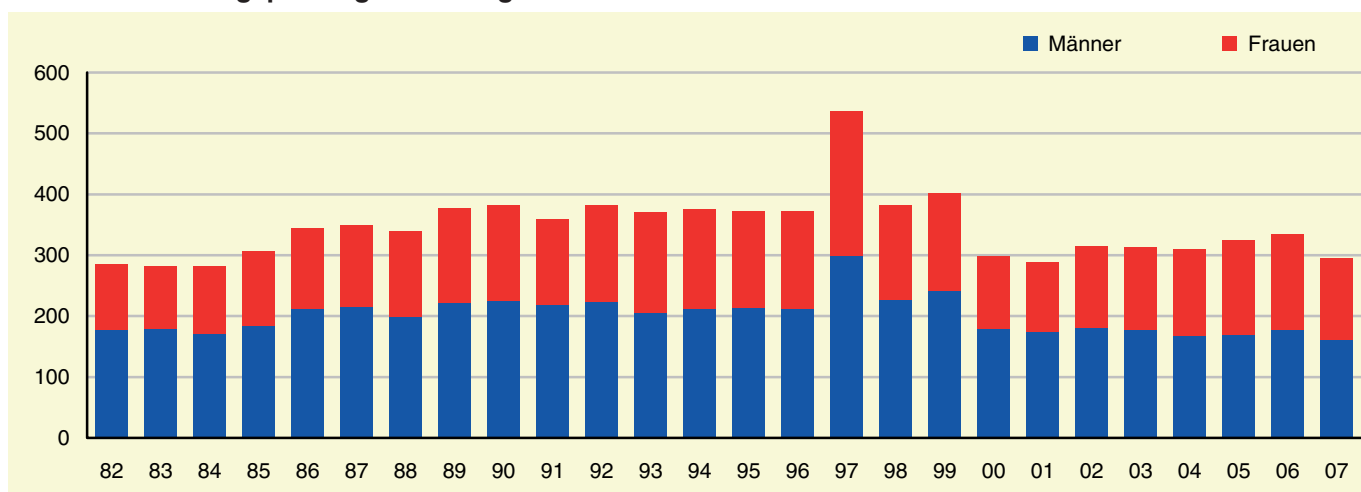
In Baden-Württemberg waren zur Jahresmitte 2007 gut 3,8 Mill. Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, über 65 000 bzw. 1,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Unter dem Eindruck der guten Konjunktur war bereits 2006 der jahrelang andauernde Abbau an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zum Stillstand gekommen und in einen Beschäftigungszuwachs von 0,7 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert gemündet. Die günstige Arbeitsplatzbilanz war 2007 in allen Wirtschaftssektoren des Landes zu beobachten. Mit einem Anteil von über 70 % des gesamten Beschäftigungszuwachses erzielte der Dienstleistungsbereich (+ 46 000 bzw. + 2,1 %) die größten Beschäftigungsgewinne. Auch im Produzierenden Gewerbe wurde nach jahrelangem Stellenabbau wieder Personal aufgestockt (+ 16 000 bzw. + 1,0 %). Insgesamt arbeiteten von den gut 3,8 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land 2,23 Mill. in Dienstleistungsunternehmen (59 %), rund 1,55 Mill. im Produzierenden Gewerbe (41 %) und knapp 30 000 (0,1 %) in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei.

Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber dem Vorjahr in Baden-Württemberg um gut 76 000 bzw. 22 % auf rund 273 000 Personen. Die auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote sank von 2006 auf 2007 von 6,3 auf 4,9 %.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose\*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte <sup>1)</sup>		Und zwar <sup>2)</sup>					Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
1980	289	101	38	13	36	7	55	.	.	.	.
1985	307	109	40	9	27	9	61	.	.	.	.
1990	381	127	41	10	22	17	60	.	.	.	.
1995	373	118	43	14	25	13	60	.	.	.	.
2000	298	88	40	17	30	18	47	91	42	7	54
2004	310	89	46	14	21	16	59	71	41	11	15
2005	325	92	48	14	21	19	56	83	49	14	17
2006	334	91	47	15	20	19	56	78	50	9	22
2007	294	80	45	13	20	22	54	55	55	7	24

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



## Verkehr

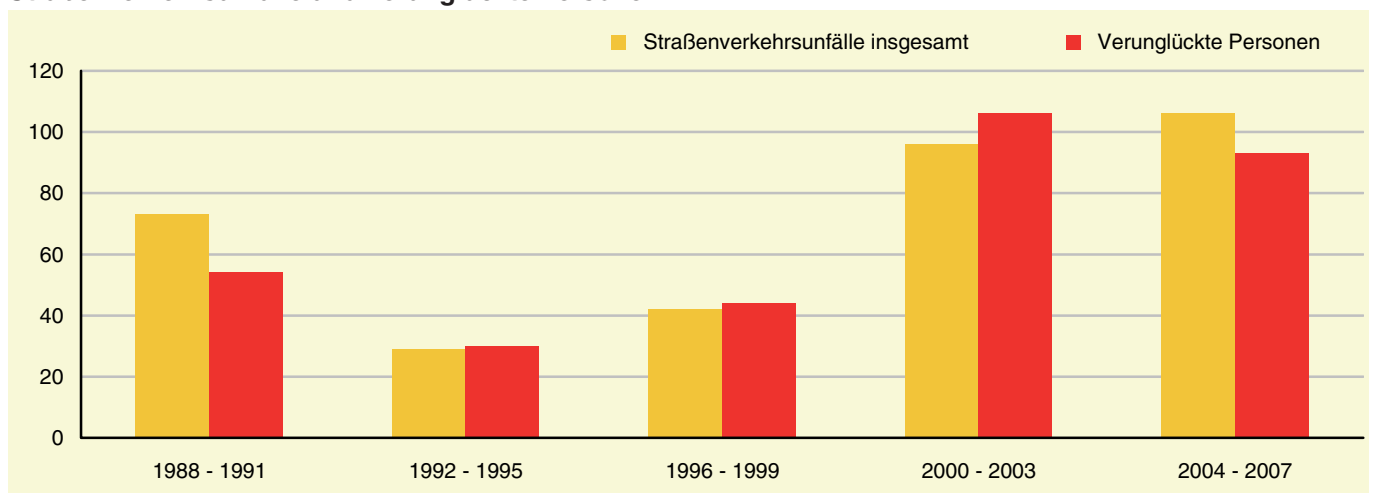
Gut 7,6 Mill. Kraftfahrzeuge waren 2007 in Baden-Württemberg zugelassen. Vor etwa 30 Jahren war der gesamte Kfz-Bestand des Landes nur halb so hoch. Auch die Zahl der Personenkraftwagen (Pkw) hat sich in dem Zeitraum mehr als verdoppelt, 2007 waren knapp 6,4 Mill. Pkw zugelassen. Der Anstieg des Pkw-Bestandes ist demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stete Zunahme des Motorisierungsgrades der Bevölkerung. 2007 kamen auf 1 000 Einwohner 592 Pkw. Vor 20 Jahren waren es noch 478 Pkw je 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede bei der Pkw-Dichte sind zum Teil erheblich. Gebiete mit hoher Verdichtung und damit einhergehender gut ausgebauter Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs, haben zumeist eine geringere Pkw-Dichte, wie zum Beispiel die Städte Freiburg, Heidelberg und Konstanz. Eine Ursache für eine hohe Pkw-Dichte kann die örtliche Konzentration an gewerblich zugelassenen Fahrzeugen größerer Unternehmen sein.

Knapp 54 900 Personen verunglückten 2007 in Baden-Württemberg bei 57 900 Straßenverkehrsunfällen mit Personen- oder schwerem Sachschaden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich deren Zahl leicht erhöht. Die Zahl der Verkehrstoten erreichte mit 624 Personen dagegen einen neuen Tiefstand seit Einführung der Statistik. Inwiefern sich dieser Landestrend in Ihrer Gemeinde widerspiegelt, sehen Sie in den nachfolgenden Darstellungen.

### Kraftfahrzeuge\*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr <sup>1)</sup>	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle <sup>3)</sup>		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder <sup>2)</sup>						
	Anzahl				Anzahl				
1991	2 027	1 749	95	571	13	8	8	–	3
1993	2 124	1 839	97	580	11	3	7	–	–
1995	2 153	1 843	106	584	3	2	5	–	1
1997	2 254	1 913	125	602	9	6	7	–	1
1999	2 415	2 034	151	616	15	12	17	–	2
2001	2 558	2 142	197	620	30	20	27	–	5
2003	2 649	2 210	205	627	30	21	32	2	4
2005	2 731	2 273	219	646	44	25	33	–	3
2006	2 758	2 302	237	635	12	8	12	1	–
2007	2 638	2 321	234	629	12	10	11	–	1

### Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



## Wohnen

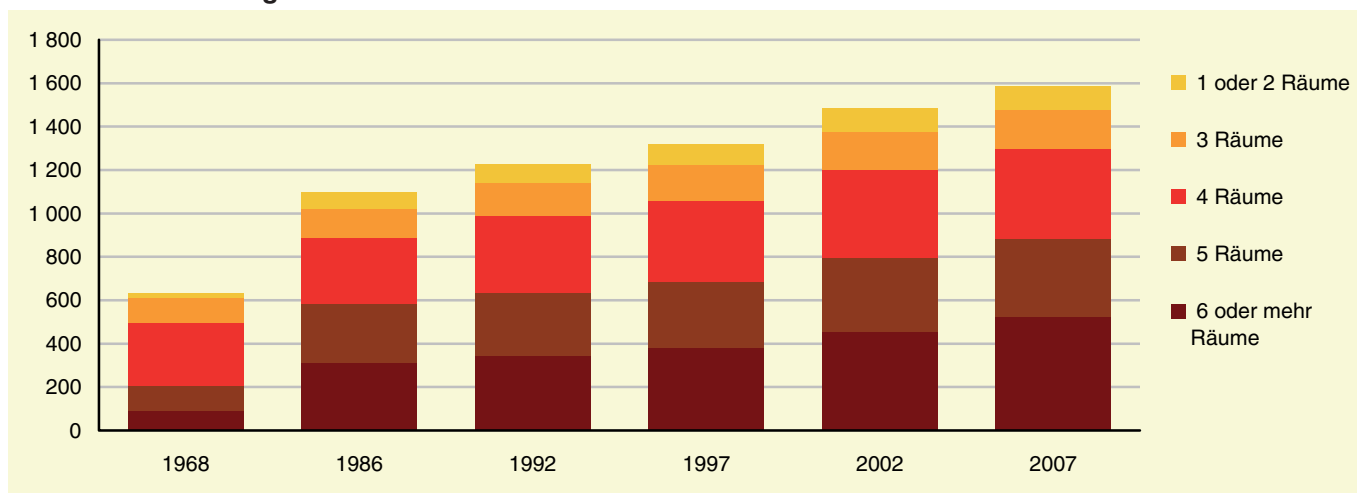
Die wachsende Bevölkerung, der Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt die Verbesserung der Wohnverhältnisse führten auch Ende 2007 in Baden-Württemberg zu einem Anstieg des Wohnungsbestandes auf nunmehr 4,94 Mill. Durchschnittlich 91,8 m<sup>2</sup> umfasste dabei die Fläche einer Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 218 Einwohner 100 Wohnungen. Demzufolge standen jedem Baden-Württemberger Ende 2007 42,1 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 3 m<sup>2</sup> weniger. Die Zahl der fertig gestellten Wohngebäude und Wohnungen ist seit Mitte der 1990er rückläufig und erreichte 2007 den tiefsten Stand seit 1952. Allerdings waren in dem Jahr die Auswirkungen der Abschaffung der Eigenheimzulage besonders deutlich zu spüren.

Ende 2007 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und knapp 18 % Mehrfamilienhäuser. Der Anteil der Einfamilienhäuser ist zumeist in den ländlich geprägten Gebieten höher als in den verdichteten Bereichen, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist er in den Gemeinden Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) und Guggenhausen (Landkreis Ravensburg) mit jeweils 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit 27 %, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit 30 %.

### Wohngebäude und Wohnungen

Jahr <sup>1)</sup>	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner m <sup>2</sup>
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	359	140	39	102	28	33	9	631	309	23
1986	641	394	61	180	28	67	10	1 098	262	35
1992	685	411	60	195	28	79	12	1 230	257	36
1997	721	422	59	214	30	85	12	1 319	242	39
2002	814	495	61	220	27	99	12	1 485	237	40
2003	818	498	61	220	27	100	12	1 491	235	41
2004	825	505	61	220	27	100	12	1 498	235	41
2005	871	544	62	224	26	103	12	1 562	232	42
2006	888	558	63	227	26	103	12	1 580	234	42
2007	894	562	63	228	26	104	12	1 588	231	43

### Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



## Wasserwirtschaft

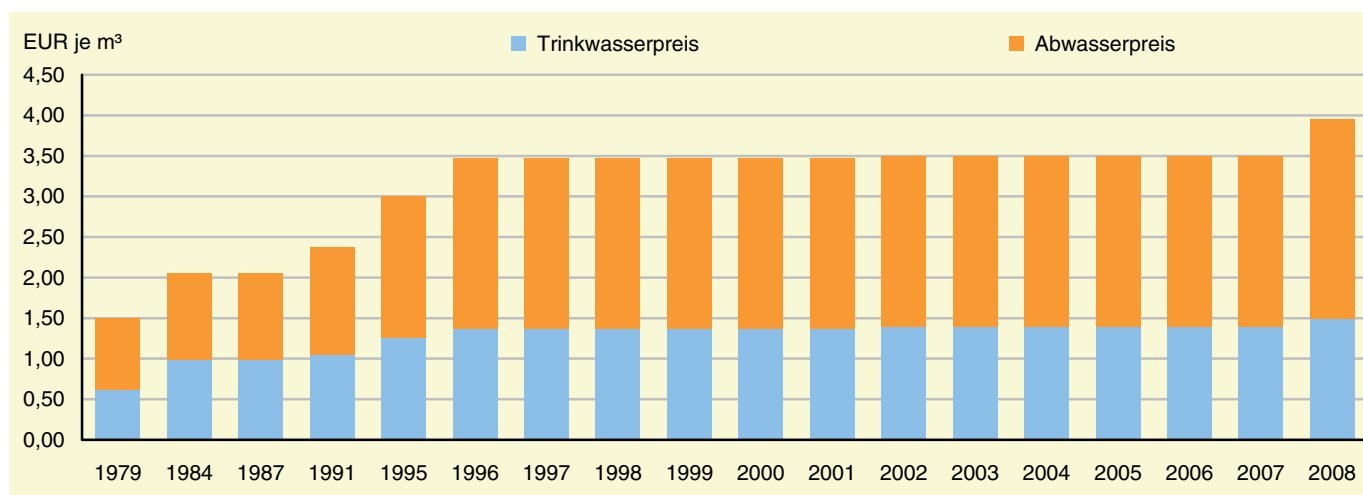
In Baden-Württemberg wurden 2004 insgesamt 5,3 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Nach den Ergebnissen der dreijährlich durchgeführten Erhebungen zur Wasserwirtschaft wurden davon 686 Mill. m<sup>3</sup> (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist als Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2004 rund 590 Mill. m<sup>3</sup>. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit weiter auf 123 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug im Jahr 2008 im Landesdurchschnitt 4,02 Euro je m<sup>3</sup> (ohne Grundgebühren). Die Preise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,82 Euro bis 8,20 Euro je m<sup>3</sup>. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

### Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste <sup>1)</sup>	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis <sup>2)</sup>	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
									1 000 m <sup>3</sup>
							EUR je m <sup>3</sup> <sup>3)</sup>		
1979	190	38	152	107	70	103	0,61	0,89	1,51
1987	206	59	147	127	86	121	0,99	1,07	2,06
1991	176	20	156	136	87	121	1,04	1,33	2,37
1995	183	42	141	131	93	115	1,26	1,74	3,00
1998	203	57	146	136	93	114	1,37	2,10	3,47
2001	207	53	154	144	94	114	1,37	2,10	3,47
2004	178	19	159	149	94	117	1,39	2,10	3,49
2006	.	.	.	.	.	.	1,39	2,10	3,49
2007	.	.	.	.	.	.	1,39	2,10	3,49

### Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser\*)



## Kommunal финанzen und Gemeindepersonal

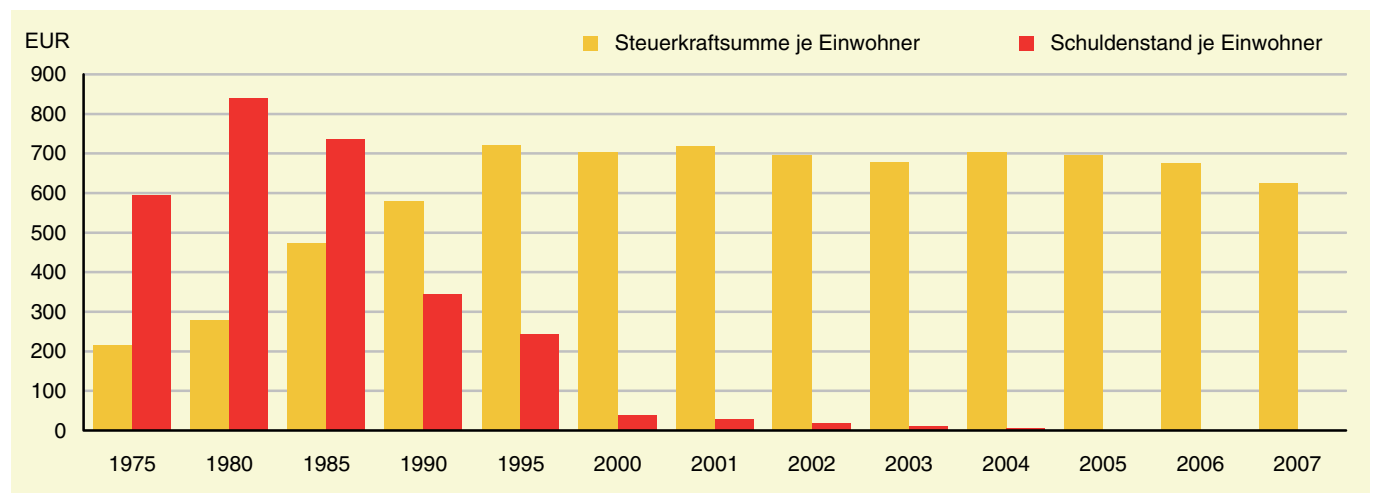
Noch vor wenigen Jahren war die kommunale Finanzpolitik von erheblichen finanziellen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen geprägt. Seit etwa dem Jahr 2006 haben sich die Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg deutlich verbessert: Hohe Zuwächse bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stehen nur noch moderate Zunahmen bei den laufenden Ausgaben gegenüber. So sind die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen 2007 gegenüber 2006 im Südwesten um durchschnittlich 8 % gestiegen, während sich die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nur um knapp 2 % erhöht haben.

Von 1995 bis 2006 stiegen die kommunalen Schulden am Kreditmarkt (Kernhaushalte und Eigenbetriebe) jährlich um knapp 3 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag Ende 2007 bei 898 Euro, 1995 aufgrund der damals geringeren Bevölkerungszahl noch etwas höher (914 Euro je Einwohner). Immerhin 102 der 1 109 Kommunen im Land hatten Ende 2007 keine Schulden am Kreditmarkt. Allerdings wird die Bewertung der Ergebnisse in Form der zeitlichen und interkommunalen Vergleichbarkeit des Schuldenstandes dadurch erschwert, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden.

### Kommunal финанzen\*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl		Steuerkraftsumme		Schuldenstand <sup>1)</sup>		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1990	1 373	465	1 712	580	1 036	345	29	.
1995	1 872	594	2 277	722	768	244	31	.
2000	1 870	566	2 325	704	137	40	41	31
2001	2 009	591	2 443	719	101	29	35	28
2002	1 979	573	2 404	696	65	19	39	30
2003	1 950	560	2 361	679	42	12	38	31
2004	1 998	567	2 475	703	22	6	40	31
2005	2 045	585	2 434	696	4	1	40	32
2006	2 038	579	2 379	676	0	0	42	33
2007	2 036	552	2 307	626	0	0	39	29

### Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



## Fußnoten

### Gemeindedaten im Überblick...

- 1) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 3) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 4) Stand Juli: Ab 2004: Beherbergungsstätten (einschließlich Campingplätze) mit 9 und mehr Betten bzw. Schlafgelegenheiten. Ab Januar 2004 werden die Ergebnisse für Beherbergungsstätten und Campingplätze zusammen nachgewiesen.
- 5) Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 6) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1) bzw. Seite 11, Tabelle 2. Spalte.

### Bevölkerung

- \*) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. des Jahres.

### Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2006/07.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

### Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

### Landwirtschaft

- \*) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

## Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten  
 Einw – Einwohner  
 EUR – Euro  
 ha – Hektar

### Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- \*) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils am 30.06. des Jahres.
- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle der Abbildung zu entnehmende Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
  - 2) Aktuell werden Beschäftigtendaten nach der europaweit eingeführten „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ nachgewiesen. Durch Umstellungen der Wirtschaftszweigsystematiken (1998 auf WZ 93 und 2003 auf WZ 03) sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

### Verkehr

- \*) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli, ab 2001: Januar.
  - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
  - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

### Wohnen

- 1) 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

### Wasserwirtschaft

- \*) Wenn keine Gesamt-Abwassergebühr nachgewiesen wird, handelt es sich um eine Gemeinde, die gesplittete Abwassergebühren erhebt (für Niederschlagswasser und Schmutzwasser).
- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
  - 2) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
  - 3) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

### Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

- \*) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche  
 Mill. – Millionen  
 Mrd. – Milliarden  
 VZÄ – Vollzeitäquivalente

## Erläuterungen und Definitionen

### Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

### Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

### Fläche

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgt in Abständen von vier Jahren. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebauten unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (zum Beispiel Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

### Haupterwerbsbetriebe

Bis zum Jahr 1995 entschied allein das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Einstufung eines Betriebes als Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, in denen das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen, zählten zu den Haupterwerbsbetrieben. Seit 1997 bilden die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach gelten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe,

in denen das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,

das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

### Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (zum Beispiel Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

### Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

### Räume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.

### Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden

Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

#### **Straßenverkehrsunfälle**

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

#### **Vollzeitäquivalente**

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstun-

den. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel  $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$  berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

#### **Wassergewinnung**

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

#### **Wohngebäude und Nichtwohngebäude**

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, zum Beispiel gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

## So erreichen Sie uns

---

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale  
Telefax 0711/641- 24 40  
poststelle@stala.bwl.de

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.  
Rufen Sie uns an!

### Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen  
und historischen Statistiken für  
Baden-Württemberg, seine Regionen,  
Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

### Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle  
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

### Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich  
zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

### Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

### Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40  
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de